

märschen, Sitzstreiks und sonstigen friedlichen Herausforderungen ihrer Gegner. (Neben der Bewegung Kings scheinen die radikalen Gruppen, die in letzter Zeit besonders anlässlich der Ermordung des Führers der „schwarzen Muslims“, Malcolm X, wieder mehr von sich reden machten, über nur geringen Anhang zu verfügen.)

Niemand in Amerika, so schreibt McGovern, kann noch übersehen, daß wir es mit einem neuen Typ der schwarzen Mitbürger zu tun bekommen haben. Sie haben ein Bewußtsein von ihrer Macht erlangt. Sie haben die Furcht verloren. Sie tragen Gefängnisstrafen wie Dekorationen. Sie setzen ihren Befreiungskampf unentwegt fort, wiewohl er von einer ermüdenden Langsamkeit der Erfolge ist. Im Süden kämpfen sie jetzt vor allem um Gleichberechtigung im Wahlverfahren, wobei der Präsident sie nachdrücklich unterstützt. Im Norden geht der Kampf hauptsächlich um die Beseitigung der Diskriminierung hinsichtlich der Arbeitsplätze und des Wohnungselends. Er ist dort subtiler, aber nicht weniger erbittert. Die Schwarzen fordern unter Führung von King „alles an Gleichberechtigung hier und jetzt“. Sie lassen sich nicht mehr vertrösten, wenn man ihnen sagt: „In zehn oder zwanzig Jahren werdet ihr es haben.“ Sie sind der Überzeugung, daß sie ihren Kampf in kürzerer Zeit gewonnen haben werden, und zwar in der Form einer vollkommenen Integration der Rassen.

Ökumenische Nachrichten

Eine oder zwei Synoden der EKD? Die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1948 fordert periodische Tagungen einer gesamtdeutschen Synode zur Erledigung der laufenden Gesetzgebung und zu ihrer Selbstdarstellung als Band der Einheit der deutschen evangelischen Christenheit. Die letzte vollgültige Synode tagte 1961 vor der Errichtung der „Mauer“ in Berlin-Spandau (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 306 f.). Die nächste Synode war schon eine Art Rumpfsynode. Im März 1963 trat sie mit 85 westdeutschen von 120 Synodalen in Bethel zusammen, die leeren Plätze der 35 Synodalen aus der Zone wurden mit Namensschildern gekennzeichnet (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 381 f.). Um dennoch an der Einheit der EKD festzuhalten, die sogar zum Status confessionis erklärt worden war, beschloß man in Bethel mit verfassungsändernder Mehrheit zwei Kirchengesetze. Das eine sieht vor, daß bis auf weiteres auch eine vom Präses einberufene Teilsynode bei Anwesenheit der Mehrheit ihrer Mitglieder gültige Beschlüsse für die ganze EKD fassen kann. Das andere Gesetz gibt dem Präses das Recht, im Einvernehmen mit dem Rat der EKD außerordentliche Arbeitstagungen für die Bundesrepublik wie für die Zone einzuberufen. Diese Regelung, so hieß es damals, schaffe „keine Teilsynoden“ und auch keine „Regionalsynoden“. Aber diese Gesetzgebung wies eine Lücke auf, nämlich für die Prozedur von Tagungen der „Kirchenkonferenz“, die von den Leitern der 26 Landeskirchen beschiedt wird. Ein diesbezügliches Gesetz wurde nunmehr beschlossen.

„Eine Amputation...“

Um also die ordnungsgemäße Tätigkeit der „einen“ EKD fortzusetzen, hatte der Präses, Ministerialdirigent Puttfarcken (Wiesbaden), für den 21. März 1965 die Synode der EKD nach Frankfurt am Main bzw. nach Magdeburg

einberufen. Das Telefon sollte und konnte weitgehend die Verbindung so weit herstellen, daß „gemeinsame Beschlüsse“ in klaren, nicht kontroversen und nicht der Verhandlung hin- und herüber bedürftigen Angelegenheiten gefaßt werden konnten, z. B. die einstimmige Wahl eines stellvertretenden Synodalpräses für den verstorbenen Generalsuperintendenten Führ, Ost-Berlin, in der Person des Superintendenten Fritz Figur aus Berlin-Köpenik. Dr. Puttfarcken hatte zur Eröffnung der Synode-West im ehemaligen Dominikanerkloster zu Frankfurt a. M. erklärt, es handle sich nicht um zwei verschiedene Regionalsynoden, sondern nur um eine einzige Tagung der ganzen Synode an zwei getrennten Orten. Aber Präses Figur sprach zum Abschluß der Synode in Magdeburg ehrlich von einer „Amputation“, deren Schmerzen durch keine Therapie und Gewöhnung gemildert werden könnten. Allerdings hob er auch hervor, daß die getrennt tagende Synode gemeinsame Rechtsakte für beide Teile vollzogen habe, neben seiner Wahl durch telefonische Übermittlung der Abstimmungsergebnisse auch das erwähnte Gesetz für die Arbeit der Kirchenkonferenz: „Welchem anderen Gremium in Deutschland ist das möglich, erlaubt oder geschenkt?“ So fragte Figur mit einem Seitenblick auf die politische Situation (epd, 25. 3. 65).

Präses Scharf zur Lage

Wie von jeher üblich, wurde auch diesmal der Synode ein Generalthema aufgegeben, das mit Bedacht unpolitisch gewählt war: „Wort Gottes und Heilige Schrift.“ Darum wurde während des Eröffnungsgottesdienstes in der Katharinenkirche zu Frankfurt Präses Kurt Scharf das erste fertige Exemplar der vollständigen revidierten Lutherbibel feierlich überreicht und gleichsam auf dem Altar „intronisiert“. Eine vielleicht gewollte Parallele zum Vatikanischen Konzil, in dessen Beratungen das gleiche Thema eine so beherrschende Rolle spielt.

Zunächst gaben in Ergänzung zu den gedruckten Rechenschaftsberichten des Rates und der Kirchenleitung Präses Scharf in Frankfurt und Bischof Krummacher in Magdeburg jeweils einen eigenen Bericht zur Lage. Beide hatten, anscheinend zur Entlastung der Synode, schon Ende Februar in einem Briefwechsel die dringendsten politischen Probleme absolviert, zu deren Behandlung vermutlich Krummacher von Pankow angehalten worden war (vgl. die Dokumentation des Briefwechsels in epd, 25. 3. 65). Es ging hier im wesentlichen um den Übergang von den „kleinen Schritten“ zu größeren Schritten einer Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pankow, um die Eliminierung der Atomwaffen aus dem deutschen Herrschaftsbereich und eine Lockerung der Hallsteindoktrin, natürlich auch um die Verlängerung der Verjährungsfrist für die nationalsozialistischen Kapitalverbrechen über den 8. Mai 1965 hinaus. Nur noch am Rande spielten diese brieflich behandelten Fragen in die Ansprachen hinein. Präses Scharf holte weit aus und griff aus der verstärkten Mitarbeit der EKD im Weltrat der Kirchen vor allem den hilfreichen Dienst heraus, den die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ (CCIA) während der letzten Tagungen des Exekutivausschusses des Weltrates in Odessa, in Tutzing und in Enugu bei praktischen Fragen zur Förderung des Friedens, u. a. auch bei den Verhandlungen um ein Passierscheinabkommen in Berlin, geleistet habe (epd, 20. 3. 65; vgl. die Dokumentationen zu den beiden Tagungen der Synode in „Evangelische Welt“, 1. 4. 65).

Zum Ökumenismus der katholischen Kirche

Er ging sodann auf das Zweite Vatikanische Konzil ein und sprach „mit tiefem Respekt“ von der Entschlossenheit der römischen Kirche, ihren Beitrag zum Umdenken der Menschheit im Weltverständnis auf breiterer Grundlage zu leisten. „Das Konzil unternimmt es, für den römisch-katholischen Teil der Gesamtchristenheit die Lehre neu und verbindlich festzustellen, in Fragen der Wahrheit Entscheidungen herbeizuführen wie die früheren Konzilien der Christenheit und wie in unseren Tagen in sehr viel kleinerem Maßstab die Bekenntnissynoden unserer Kirche in den Jahren der nationalsozialistischen Kirchenverfolgung.“ Leider werde das ökumenische Gespräch dadurch belastet, daß das Zweite Vatikanum auf das Konzil von Trient Bezug nehme, das die Gegenreformation eingeleitet habe. Doch sei zu hoffen, daß im Verlauf des geplanten Dialogs auf allen Ebenen die evangelische Theologie veranlaßt werde, „den Wert reformatorischer Glaubenserkenntnis und evangelischer Frömmigkeit neu zu sehen“ (!). Präses Scharf, der wenige Tage vor der Synode Kardinal Bea in der Deutschen Vatikanbotschaft in Rom getroffen hatte, äußerte in diesem Zusammenhang noch einmal den Wunsch, daß bald die vom Rat der EKD vorgeschlagene Kommission aus evangelischen und katholischen Theologen zur Behandlung der Mischehenfragen gebildet werden möge.

„Wir bejahen die autorisierten Dialoge auf allen Stufen des kirchlichen Aufbaus“, sagte Präses Scharf wörtlich, „weil wir meinen, daß die großen christlichen Kirchen einander damit reizen, aus neuer Gotteserfahrung das rechte Weltverständnis zu gewinnen. So ist unsere Antwort auf die Vergebungsbite des Papstes, und so sind unsere ‚Ratschläge‘ an unsere Gemeinden für Zusammenkünfte mit römisch-katholischen Christen zu verstehen...“ (Diese vom Rat der EKD veröffentlichten „Ratschläge“ sind im vollen Wortlaut veröffentlicht sowohl in „Evangelische Welt“, 16. 3. 65, S. 152, und in „Lutherische Monatshefte“, Februar 1965, S. 83f. Man findet dort allerdings unter I, 2 den Satz: „Die römisch-katholische Kirche sollte sich dessen bewußt sein, daß die Vorstellung, Rom sei das Zentrum der Einheit, die schwerste Belastung des ökumenischen Dialogs darstellt.“ Man müsse stets beachten, daß der römische Katholik dem authentischen Lehramt des Papstes zu folgen habe.)

„Die Kraft des Evangeliums hat zugenommen“

Unter den politischen Fragen wurden die öffentliche Moral, die gerechtere Verteilung des Eigentums, die Abwehr der Atomminen und überhaupt der Krieg erwähnt, der in keinem Falle mehr eine ethisch zu verantwortende Möglichkeit sei. Die Ansprache schloß im Hinblick auf das Generalthema mit dem bezeichnenden Satz: „Die Kraft des Evangeliums hat zugenommen in den letzten zwei Jahren in unserem Volk und auf der ganzen bewohnten Erde. Das Evangelium wird das Umdenken im Weltverständnis, ohne das sich die Menschheit in den Untergang auflösen muß, vollbringen zur Rettung aller ihrer Bewohner.“

Bischof Friedrich Wilhelm Krummacker, Greifswald, dem die Ausführungen von Präses Scharf vorlagen, machte sich diese zu eigen, besonders hinsichtlich der Einheit der EKD, die „nicht ein Restbestand alter nationaler Einheit noch ein Vorgriff auf die politische Wiedervereinigung sei, noch könne die EKD Sprecherin sein für eine bestimmte Zuordnung der beiden deutschen Teile zueinander“, wie das

in dem Gespräch Ulbrichts mit Landesbischof Mitzenheim auf der Wartburg angeklungen sei (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22. 3. 65; vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 258). Weniger optimistisch sprach Bischof Krummacker von den Chancen des Evangeliums. In der DDR, sagte er, befinde sich die Volkskirche alter Art im Schrumpfen. Man müsse sich mit Ernst fragen, ob das geistlich zu neuer Besinnung und Vertiefung führe „und ob wir die Chance wahrnehmen, zu einer Kirche mit wahrhaft missionarischer Verantwortung vorzustoßen, oder ob wir an rückwärts gewandten, überholten kirchlichen Leitbildern festhalten...“

Die Verschiedenheit der Situation

Im Verlauf der Aussprachen zeigte sich, daß die erhebliche Verschiedenheit der kirchlichen Situation in der Bundesrepublik und in der Zone zu keinen gemeinsamen Beschlüssen oder Botschaften führte. Im Gegenteil, die Magdeburger Synode brachte deutlich zum Ausdruck, daß sie es bei allem Festhalten an der Einheit der EKD doch für nötig hält, sich mehr mit den Problemen des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens, des waffenlosen Wehrdienstes „und anderen speziell die Christen in der DDR berührenden Fragen“ zu beschäftigen. Es solle daher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die mitteldeutschen Mitglieder der EKD-Synode zu regionalen Arbeitstagen zusammenzurufen, „die dann sehr wohl regionale Angelegenheiten zu beachten hätten“ (epd, 24. 3. 65). Nach den Worten von Bischof Krummacker solle an der Einheit der EKD festgehalten werden „bei gegenseitiger Respektierung freien kirchlichen Handelns in den beiden deutschen Staatsgebilden“.

Bibelglaube und Bibelwissenschaft

Von allgemeinem Interesse ist vor allem, wie die geteilte Synode mit dem Generalthema fertig geworden ist. Zunächst ist als Ergebnis festzustellen, die Synode in Frankfurt hat zwar das Wort der Synode in Magdeburg an die Pfarrer „dankbar entgegengenommen“, aber sich nicht zu eigen gemacht. Auch hier ging es um die Bedeutung der historisch-kritischen Methode. Die Entschließung warnt die Pfarrer davor, sich in den scheinbar unangreifbaren Bezirk einer „Bibelgläubigkeit“ zurückzuziehen, die die unbedingte Autorität der Heiligen Schrift nur dann gewahrt sieht, wenn alle ihre Geschichten als streng historisch erwiesen werden. Ein solches Verhalten bevormunde den biblischen Zeugen. Der Pfarrer solle sich vielmehr gern der historisch-kritischen Bibelwissenschaft bedienen, um sein eigenes Hören auf die Heilige Schrift zu vertiefen. Man müsse die Geschichtsgebundenheit der biblischen Schriften berücksichtigen, denn sie seien Zeugnis von Menschen, die Gottes Geist zur Bezeugung von Gottes Heilstaten an sein Volk in Dienst genommen habe. Gott benutze das begrenzte Weltwissen der biblischen Zeugen. Freilich werde der Pfarrer dabei mit dem herkömmlichen Wirklichkeitsverständnis in Konflikt geraten, es wäre aber für ihn wie für die Gemeinde verhängnisvoll, wenn er dieser Erschütterung und Beunruhigung ausweiche. Im übrigen sei es nicht die notwendige Folge der Anwendung historisch-kritischer Methoden, daß sich das Zeugnis der Bibel von Christus in einander widersprechende Einzelaussagen auflöse, denn diese Methoden könnten und wollten nicht den Heiligen Geist ersetzen, „der allein das Zeugnis als mich angehend und mir geltend deutlich macht und damit ein verbindliches Verstehen bewirkt.“

Der Heilige Geist ist nicht der Feind, sondern der Freund sachgerechter, sich ihrer Grenzen bewußter historischer Verstehensmethoden.“ Zum Schluß werden die Pfarrer aufgefordert, die Fragen heutiger Bibelauslegung nicht nur untereinander, sondern auch mit ihren Mitarbeitern in der Gemeinde zu erörtern.

Zugegeben, daß diese Verlautbarung vielleicht zu summarisch gewesen ist, um den Ansprüchen zu genügen, die man in Frankfurt an das Thema stellte. Aber die auf der Synode in Frankfurt veranstaltete Aussprache ging insofern etwas am Thema vorbei, als die bestellten Referenten nicht zu den angeklagten Exegeten gehörten, diese waren abwesend und wurden in absentia angegriffen bzw. verteidigt. In der Aussprache über den Einfluß der modernen Exegese auf den Bibelglauben der Gemeinden, seit langem ein Ärgernis, verteidigte Prof. Helmut Gollwitzer, Berlin, der für den erkrankten Landesbischof Lilje eingesprungen war, die historisch-kritische Exegese, ohne die kein Pfarrer mehr auskomme. Aber er warnte auch energisch vor einem „Papalismus der Professoren“, die die Bibel dem Volk wieder entzögen, nachdem sie durch die Reformation ins Volk getragen worden sei. Es sei heilsam gewesen, daß sich die evangelische Theologie nicht wie lange Zeit die katholische Kirche der historisch-kritischen Methode entzogen habe. Diese sei auch eine Gabe Christi an seine Kirche. Die Gemeinden müßten davon Kenntnis erhalten, aber die Theologen müßten ihrerseits das Maß der Aufnahmefähigkeit der Laien bedenken. Die historische Wahrheit sei nicht Selbstzweck, außerdem hätten die Verfasser der biblischen Schriften ein anderes Verhältnis zu historischen Tatsachen gehabt. Hypothesen der Forschung gehörten nicht unter das Volk. Prof. Ernst Kreck ergänzte die Verteidigung der Exegeten durch die trostvolle Bemerkung, daß ihre Waffen sich weniger gegen den Bibelglauben der Gemeinde als vielmehr gegeneinander richteten.

Fragen an den Rat

Für den schlichten Bibelglauben sprachen u. a. der Präses des CVJM, Dr. Ing. Edmund A. Bieneck, Wiesbaden, und der Dichter Manfred Hausmann. Sie warnten vor der gewollt modernen Sprache. Prof. Künneth, Erlangen, widersprach der Meinung Gollwitzers, daß die biblische Wahrheit nicht mit der historischen Wahrheit stehe und falle. Wenn das, was die Bibel berichte, sich gar nicht so zugehen habe, dann könne man sie zumachen. Alles in allem muß man wohl dem Urteil manches evangelischen Berichterstatters zustimmen, daß sich die Synode mit dem schwierigen Thema übernommen habe (Heinz Beckmann im „Rheinischen Merkur“, 2. 4. 65). Das Thema konnte auf einer so kurzen Synodaltagung nicht erschöpfend behandelt, geschweige denn gelöst werden, zumal nicht in Abwesenheit der Fachexegeten, und das war auch gar nicht beabsichtigt. Insofern sollte man nicht von der „ohnmächtigen“ Synode sprechen. Denn sie faßte einen sehr wesentlichen Entschluß, dessen Ausführung hoffentlich gelingt: Der Rat der EKD solle eine ständige Theologienkommission einsetzen, die das Thema „Wort Gottes und Heilige Schrift“ eingehend behandelt mit der aufgegebenen Frage: „Inwieweit haben wir als Kirche, die auf Gottes Worte gegründet ist, von Gottes Wort lebt und zur Bezeugung dieses Wortes berufen ist, der offenkundigen geschichtlichen Bedingtheit der biblischen Schriften Rechnung zu tragen und dennoch daran festzuhalten, daß die Bibel einzige Quelle und vollkommene Richtschnur

aller Verkündigung und Lehre der Kirche ist?“ Dazu wurden noch weitere sechs Einzelfragen formuliert (epd, 25. 3. 65).

Man darf bei diesem erfreulichen Auftrag allerdings eines nicht übersehen: wenn eine solche vom Rat berufene Theologienkommission etwa nach dem Vorbild von Konzilskommissionen wirklich arbeitet und Ergebnisse zeitigt, so ist der Rat selber nach der Grundordnung der EKD nicht befugt, in der Frage eine notwendige Lehrentscheidung zu formulieren, und die Synode auch nicht. Es bleibt darum wahr, daß die Einheit der EKD nicht so sehr von außen her bedroht wird als vielmehr von innen her (Karl A. Odin, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 26. 3. 65). Niemand aber dürfte das Recht haben, der Synode vorzuwerfen, daß das Maß an Anspruch nicht durch das Maß an geistiger Kraft gedeckt sei. Diese Kraft, des Heiligen Geistes nämlich, ist leider nicht verfügbar, sie ist auch kein Instrument der Kritiker.

Ökumenische Zusammenhänge

Ein wichtiger Tatbestand, der schon in der Ansprache von Präses Scharf zutage kam, ist der Einfluß der CCIA des Weltrates der Kirchen beim Versuch der „kleinen Schritte“ zwischen Bonn und Pankow. Der Vorsitzende des Synodalausschusses, Prof. Ludwig Raiser, Tübingen, schlug daher mit Zustimmung der in Frankfurt versammelten Synodalen vor, daß ein deutscher Landesrat für die CCIA gebildet wird. Er meinte, auf diese Weise würde auch „der Ertrag des Nachdenkens in anderen Völkern der innerdeutschen Diskussion besser als bisher zugute kommen“ (epd, 26. 3. 65).

Am Eröffnungsabend der Synode in Frankfurt hatte für den erkrankten Landesbischof Lilje der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Visser 't Hooft, eine Bilanz der Ökumenischen Bewegung vorgelegt, die einiges Bemerkenswerte enthält. Er gab dem Staunen Ausdruck, welche Verwandlung die Beziehungen der Kirchen in den letzten zwanzig Jahren erfahren hätten, und rühmte in diesem Zusammenhang auch die Fortschritte im Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche, nachdem der vor einigen Jahren noch undenkbar Dialog aufgenommen worden sei. Er verschwieg aber nicht einige negative Erfahrungen. So seien zwar Kirchenzusammenschlüsse (Unionen) von meist konfessionsverwandten Gemeinschaften gelungen, aber in der entscheidenden Frage der Interkommunion oder Abendmahlsgemeinschaft zwischen konfessionsverschiedenen Kirchen seien kaum Fortschritte zu verzeichnen. Außerdem fehle, wie man am Beispiel Lateinamerikas sehen könne, eine weltweite Strategie der Weltmission und Evangelisation. Es werde viel zuviel Doppelarbeit geleistet. Was die Verbesserung des Klimas im Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche betrifft, so sei sie zwar erfreulich, aber doch nur „wie alle klimatischen Verhältnisse etwas, über das man nichts Sicheres sagen kann“. Er blieb also trotz der Begegnung mit Kardinal Bea in Genf (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 312 f.) bei seinen Zweifeln.

Im ganzen meinte Visser 't Hooft, es sei der Ökumenischen Bewegung nicht gelungen, die Kirchen dazu zu bringen, den Schritt zur Einheit hin zu gehen. „Es ist mit der Einheit (von der das Neue Testament viel seltener redet als von Gemeinschaft) wie mit dem Frieden: wir möchten Frieden, aber wir sind nicht bereit, den Preis dafür zu bezahlen.“ So erwies sich der unermüdete Mahner, von der Föderation zur Einheit fortzuschreiten,

wieder als ein der Phrase abholder Führer zur Sache des Evangeliums. Er erklärte, es gebe nur ein Motiv, das der Ökumenischen Bewegung Unabhängigkeit und Kraft gebe: nämlich, daß Gemeinschaft zum Wesen der Kirche gehört und daß die Kirchen wieder lernen, die biblischen Rangordnungen zu respektieren („Frankfurter All-

gemeine Zeitung“, 23. 3. 65). Diese recht wesentlichen Gesichtspunkte kamen in den Würdigungen der Synode in der evangelischen Wochenpresse leider nicht zum Tragen. Es überwiegt darin der Eindruck, daß wieder einmal ein Versuch mißlungen ist, aus der EKD das zu machen, was sie gerne sein möchte.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Rückblick auf den 38. Eucharistischen Weltkongreß zu Bombay (II)

War der erste Zentralpunkt des Kongresses (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 306 ff.) die Verehrung der heiligen Eucharistie, so sollte der zweite der Dienst an den Notleidenden sein. Vor und auf dem Kongreß bemühte man sich, mit größtem Nachdruck die notwendige innere Beziehung zwischen dem Sakrament der Liebe, das die Caritas wesenhaft enthält und mitteilt, und der praktischen Ausübung dieser Caritas zu zeigen. Nach dem ursprünglichen Kongreßplan sollte auch größtes Gewicht auf Caritasaktionen gelegt werden. Sie würden vor allem für die Nichtchristen Zeugnis der vom Altarsakrament ausstrahlenden göttlichen Liebe sein. In einer Millionenstadt, in der ständig eine Million Menschen heute nicht weiß, was sie morgen essen wird, und mangels wirksamer sozialer Hilfen der Verelendung preisgegeben ist, appellierte die stumme Sprache der Not an das Gewissen der Kongreßteilnehmer, für die, soweit sie als auswärtige Gäste kamen, mit Hilfe der Regierung und der Stadtbehörden hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung doch recht gut gesorgt war. Die Regierung hatte zusätzlich Lebensmittel für die Besucher bereitgestellt, damit angesichts der gespannten Ernährungslage den Bürgern der Stadt durch den Zustrom von Zehntausenden fremder Gäste keinerlei Einschränkungen aufgezwungen würden. Aus dem gleichen Grunde hatte Kardinal Gracias im September 1964 die guten Dienste des Papstes erbeten, um gerade während der Kongreßtage größere Zufuhren von Lebensmitteln nach Bombay sicherzustellen. Allein die bischöfliche Caritasorganisation der Vereinigten Staaten sandte in den letzten zwanzig Tagen vor dem Kongreß enorme Quantitäten von Lebensmitteln, Milchpulver, Vitamintabletten und Medikamenten in die Stadt („Osservatore Romano“, 2. 12. 64). Erzbischof Fernandes von Delhi schätzte in einem Artikel im „The Examiner“, Bombay (28. 11. 64), den Gegenwert der Spenden von Getreide, Mehl, Medikamenten und Kleidung, deren Ankunft bis Mitte November gemeldet war, auf 2 400 000 Rupien (etwa 2 016 000 DM). Der Papst selbst sandte ein Schiff mit 31 250 Sack Weizen, das am Tage vor der Eröffnung des Kongresses einlief. Da die Ladung nach den Bestimmungen der amerikanischen Regierung, von der der Weizen gekauft war, nicht durch die indische Regierung verteilt werden durfte, übernahmen eine hinduistische Wohlfahrtsorganisation und die „Katholische Caritas Indien“ je die Hälfte der Weizenlieferung zur Verteilung unter die Bevölkerung.

Die Haltung der ausländischen Besucher

Von der Not, die den Besuchern überall in die Augen fiel, waren die indischen Christen, die an solche Anblicke gewöhnt waren, zweifellos weniger aufgeschreckt als die

Pilger aus der westlichen Welt. Sie sollten es wenigstens gewesen sein. Eine Minderzahl westlicher Besucher kam mehr als „Touristen“ denn als „Pilger“. Man muß indes wohl beachten, daß zur Zeit des Kongresses die Reisebüros unabhängig vom Kongreßkomitee ihre Routinefahrten nach Indien fortsetzten. Nicht jeder, der in jenen Tagen aus westlichen Ländern nach Bombay kam, wollte sich in Gesinnung und äußerer Haltung an der eucharistischen Welthuldigung beteiligen. Der Papstbesuch lockte viele Neugierige an. Es war unvermeidlich, daß die Bevölkerung bei Beurteilung der Haltung der Gäste aus dem Westen die „Touristen“ nicht von den „Pilgern“ unterschied. Der dadurch eventuell für die katholische Sache angerichtete Schaden darf aber nicht überbewertet werden, da man in der Weltstadt Bombay hinsichtlich aufwendigen Lebensstils oder mangelnder Anpassung von Fremden an die Umwelt vieles gewöhnt ist.

Im Juli 1964 hatten die indischen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief alle Kongreßbesucher ermahnt, während der denkwürdigen Tage in Selbstverleugnung und tiefreligiöser Grundhaltung den Primat des Spirituellen zeugnisgebend zu künden und vor allem bescheiden aufzutreten: „Wir alle, Einwohner von Bombay und Besucher aus dem In- und Ausland, wollen uns daran erinnern, daß während der Kongreßtage, mehr noch vielleicht als zu anderen Zeiten, Millionen geneigt sein werden, das Christentum nach der Art und Weise zu beurteilen, in der die Christen ihnen erscheinen. In Einklang mit dem religiösen Erbe unseres Volkes betrachten sie prahlerisches Auftreten und Extravaganzen jeder Art als unvereinbar mit echter Spiritualität.“ Bemerkenswerterweise waren es ausländische Pressekorrespondenten, die kritisch hervorhoben, daß einige fremde Bischöfe in großen und eleganten amerikanischen Wagen durch die Straßen fuhren. Man unterließ es dabei nicht, diese Kritik auf dem Hintergrund der allgemeinen Notlage eines großen Teiles der Bevölkerung aufzuzeigen. Die in Bombay erscheinende katholische Wochenzeitschrift „The Examiner“ amüsierte sich in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember 1964 über eine Anzahl männlicher Pilger aus Europa, die das Gandhikäppchen aufsetzten, das ein Kennzeichen der Zugehörigkeit zur indischen Kongreßpartei ist, und fuhr dann fort: „Aber es war, milde gesagt, überraschend (um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen), den Gandhuhut auf dem Haupte eines Mannes zu sehen, der einen schwarzen Rock und einen Klerikerkragen trug.“ Ironisch wurde auch vermerkt, daß man sehr häufig jungen europäischen oder amerikanischen Damen begegnete, die sich einen Sari angeschafft hatten, um sich so den Gebräuchen des Landes „anzupassen“.

In diesem Zusammenhang sei allerdings auch auf eine „Anpassung“ auf indischer Seite an europäische Sitten hingewiesen, die nicht sehr freudig hingenommen wurde. Als die Arrangements für die Audienz beim Papst began-